



124/2009

Kiel, 16. September 2009

Sperrfrist Redebeginn

Neuwahlen: Der Petitionsausschuss zieht Bilanz

Kiel (SHL) - Die Zahlen können sich sehen lassen, auch wenn es sich bislang nur um ein vorläufiges Endergebnis handelt: Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtags hat während dieser Legislaturperiode 1.492 Petitionen in 73 Sitzungen abschließend beraten. Er hat 31 Ortstermine, 16 Anhörungen und 10 Gesprächsrunden durchgeführt und insgesamt 7 Bürgersprechstunden angeboten – davon zwei speziell für Strafgefangene.

Durchschnittlich fast 40 Prozent der Petitionen konnten ganz oder zumindest teilweise im Sinne der Bürger entschieden werden. „Das ist ein sehr gutes Ergebnis, auf das wir stolz sind“, resümierte der Ausschussvorsitzende Detlef Buder anlässlich der Vorstellung des aktuellen Tätigkeitsberichts des Petitionsausschusses in der heutigen Landtagssitzung.

Einmal noch wird der Ausschuss in dieser Legislaturperiode tagen. „Aber ich kann jetzt schon guten Gewissens behaupten, dass wir einen aufgeräumten Schreibtisch und ganz sicher keine Altlasten hinterlassen werden,“ so Buder mit Blick auf die bevorstehenden Neuwahlen. Das im Grundgesetz verankerte Petitionsrecht habe sich als scharfes Schwert erwiesen. Missstände, die durch den Petitionsausschuss aufgedeckt worden seien, seien umgehend beseitigt worden.

Im aktuellen Tätigkeitsbericht sind die Beschlüsse, die der Petitionsausschuss im Zeitraum vom 1. April bis 30. Juni 2009 gefasst hat, in allen Einzelheiten nachzulesen. So konnte der Petitionsausschuss im letzten Quartal beispielsweise einer Petentin auf Fehmarn helfen, deren Haus durch Überschwemmungen erheblich in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Nach mehrfacher Beratung und einem Termin mit allen beteiligten Behörden vor Ort konnte erreicht werden, dass die gesamte Entwässerungssituation jetzt überarbeitet und konkrete Abhilfe geschaffen wird.

In einem anderen Petitionsverfahren haben betroffene Anwohner aus dem Kreis Segeberg zum wiederholten Mal gegen die Umwandlung einer Kreuzung in einen Kreisverkehr protestiert. Der Petitionsausschuss hat in seinem Beschluss an das Land

→

und die zuständige Gemeinde appelliert, von den Umbauplänen abzusehen. Der Kreisel sei weder straßenverkehrlich notwendig noch angesichts der angespannten Haushaltslage und der anhaltenden Bürgerproteste vertretbar.

Insgesamt hat der Petitionsausschuss im 2. Quartal 2009 110 neue Petitionen erhalten und 63 Petitionen abschließend beraten, davon gut 40 Prozent ganz oder teilweise im Sinne der Petenten.

Weitere Einzelheiten sind dem aktuellen Tätigkeitsbericht des Petitionsausschusses zu entnehmen. Die Berichte des Petitionsausschusses sind auf der Internetseite des Schleswig-Holsteinischen Landtages (www.sh-landtag.de) unter der Rubrik „Der Petitionsausschuss“ zu finden.